



# Der Schuldenstand wächst weiter

**CDU-Finanzexperte Klaus-Peter Willsch: Minuszinsen ruinieren unser Bankensystem – Marktberichtigungen bei Volksbanken und Sparkassen**

**K**laus-Peter Willsch gehört zu den Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, denen man nachsagt, Mut zur eigenen Courage zu haben – oder anders gesagt: der sich nicht scheut, eine abweichende Meinung zur vorgegebenen Fraktionslinie auch deutlich zu artikulieren. Als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Rheingau-Taunus-Limburg gewann Willsch seine Mandate seit 1998 immer mit deutlichem Vorsprung und starkem Erststimmenergebnis. Soll heißen: Beim Wähler konnte Willsch umso mehr punkten, je weniger er mit seiner Meinung auf der Mainstream-Linie lag.

Bundesweite Aufmerksamkeit erregte Klaus-Peter Willsch durch sein abweichendes Abstimmungsverhalten bei der Euro-Rettungspolitik. Bereits im Mai 2010 lehnte er das erste Griechenlandpaket sowie den Euro-Rettungsschirm EFSF ab und legte mit der Denkschrift „Euro 2.0“ ein Gegenkonzept vor, das unter anderem einen Neuzuschnitt des Euro-Währungsgebietes vorsah.

Wegen seines von der Fraktionsmehrheit abweichenden Abstimmungsverhaltens wurde Willsch abgestraft und in der 18. Legislaturperiode nicht mehr in den Haushaltsausschuss entsandt, dem er von 2002 bis 2013 als ordentliches Mitglied angehörte. Seitdem ist er ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie.

Im November 2015 äußerte sich Klaus-Peter Willsch kritisch über die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin und forderte die Zurückweisung von Asylbewerbern, die bereits in einem anderen EU-Staat europäischen Boden betreten hatten.

Für helle Empörung in seiner Partei sorgten im Mai 2014 seine Überlegungen hinsichtlich eines Bündnisses der CDU mit der Alternative für Deutschland (AfD). Gleichwohl erneuerte er im Jahr 2016 seinen Vorschlag, indem er hervorhob, dass man jene Partei zur Koalition auswählen solle, mit der es am meisten Übereinstimmungspunkte gibt.

Seit drei Jahren ist Klaus-Peter Willsch Mitglied des sogenannten Berliner Kreises, eines Zusammenschlusses von wertkonservativen CDU- und CSU-Abgeordneten, wobei er auch enge Kontakte zur außerparlamentarischen Werte-Union unterhält.

Wie der diplomierte Volkswirt seine damalige Haltung zum Euro-Rettungsschirm und zur AfD in der Retrospektive bewertet, darüber sprach Klaus-Peter Willsch mit Joachim Schäfer.

**?** Der frühere CDU-Generalsekretär Peter Tauber hat neben den üblichen Verdächtigen Pegida und AfD auch die sogenannte Werte-Union mitverantwortlich für den Mord am Kasseler Regierungspräsidenten gemacht und „geistige Brandstiftung“ unterstellt. Sie pflegen enge Kontakte zur Werte-Union. Fühlen Sie sich angesprochen, beziehungsweise angegriffen?

**Klaus-Peter Willsch:** Ich fühle mich überhaupt nicht angesprochen, weil sich Peter Tauber mit seinen Anschuldigungen total vergaloppiert hat. Es kann nicht sein, dass politische Entscheidungen, die

man für nicht richtig hält, sozusagen sakrosankt stellt, weil gegenteilige Meinungen Emotionen auslösen könnten. Es muss auch weiterhin möglich sein, über unterschiedliche Politikansätze unterschiedlich zu diskutieren. Es ist auch unstrittig, dass der sichtbare Kontrollverlust durch die Öffnung der Grenzen bei der Massenzuwanderung im Jahr 2015 zu einem erheblichen Vertrauensverlust geführt hat. Kurzum: Ich halte eine politische Instrumentalisierung von Verbrechen für unanständig und wehre mich gegen Versuche, innerparteiliche Kritiker ins rechts-extreme Abseits zu stellen.

„Peter Tauber hat sich mit seinen Anschuldigungen total vergaloppiert.“

**?** Im Mai 2014 schlossen Sie ein Bündnis mit der AfD nicht aus, was Ihnen heftige Kritik aus der eigenen Partei einbrachte. Gleichwohl erneuerten Sie 2016 den Vorschlag zur Zusammenarbeit mit der AfD, indem Sie äußerten, dass man die Partei zur Koalition auswählen solle, mit der es am meisten Übereinstimmungspunkte gibt. Erneuern Sie Ihren Vorschlag auch im Jahr 2019?

**Klaus-Peter Willsch:** Grundsätzlich halte ich die Aussage aus dem Jahr 2014 nach wie vor für richtig, allerdings mit der Einschränkung, dass sich die AfD seither eben nicht zu einer Partei entwickelt hat, in der



nationalistische und fremdenfeindliche Töne keinen Platz hätten. Damals war Professor Lucke noch Vorsitzender und die FDP mehr tot als lebendig. Meine Aussage habe ich seinerzeit mit der Entwicklung der Bündnisgrünen verglichen, die ja auch in den Anfängen kommunistische Splittergruppen, sonstige Linksradikale, RAF-Sympathisanten und Antisemiten in ihren Reihen hatten und sich dann im Laufe der Zeit zu einer mehr oder minder bürgerlichen Linkspartei entwickelt haben. Allerdings muss ich heute feststellen, dass sich die AfD leider nicht in die Richtung entwickelt hat, die ich mir damals erwünscht oder erhofft hatte. Aber was nicht ist, kann ja noch werden. Fakt ist: Die Parteienlandschaft hat sich verändert und deshalb sollte man sich hüten, in Schablonen zu denken.

**?** Zu Ihrem Lieblingsthema: Sie waren und sind ein erklärter Gegner des Euro-Rettungsschirms und der Finanzhilfen für Griechenland. Sie wurden für Ihre Haltung von der Fraktionsspitze – wahrscheinlich auf Druck der Kanzlerin – abgestraft, indem Sie nicht mehr als ordentliches Mitglied in den Haushaltsausschuss entsandt wurden. Sehen Sie sich aus heutiger Sicht in Ihrer damaligen Haltung bestätigt?

„Die Parteienlandschaft hat sich verändert und deshalb sollte man sich hüten, in Schablonen zu denken.“

**Klaus-Peter Willsch:** Eindeutig ja. Abgesehen von Irland, das seinen Bankenbereich bereinigt hat und Portugal, das große Anstrengungen unternimmt, seinen Schuldenstand zu reduzieren, bleibt festzuhalten, dass in den Krisenländern der Schuldenstand weiter wächst. Wir haben seit Jahren Minuszinsen und werden uns für weitere Jahre auf Minuszinsen einstellen müssen. Damit ruinieren wir unser Bankensystem. Innerhalb der Sparkassen und Volksbanken wird es Marktvereinbarungen geben. Trotz der Null-Zinspolitik hat es keine wirklich nachhaltige Festigung und Stabilisierung des Euro gegeben. Wir haben beispielsweise in Italien die Situation, dass die Regierungsparteien die Einführung einer Zweitwährung, parallel zum Euro, planen. Die sogenannten „Mini-Bots“ sollen als Staatsanleihen in Stückelungen von 5 bis 500 Euro fungieren und es den Italienern ermöglichen, Rechnungen im Inland und Steuern zu bezahlen. Ich sehe bei einer Einführung dieser Parallelwährung einen ersten Schritt zum Euro-Austritt Italiens.

**?** Auf 868 Milliarden Euro summieren sich mittlerweile die Forderungen der Deutschen Bundesbank

gegenüber der EZB im Target-2-System. Damit trägt die Bundesbank mit Abstand das größte Risiko in der Eurozone. Allein Italien hat 482 Milliarden Euro Verbindlichkeiten gegenüber dem Euro-System angehäuft. Auf Deutschland entfallen davon 27 Prozent, gleich 130 Milliarden Euro. Tritt Italien aus dem Euro aus, wäre das Geld weg. Sehen Sie eine Möglichkeit, die Risiken für Deutschland zu begrenzen?

**Klaus-Peter Willsch:** Leider fällt es zunehmend schwer, Kollegen für das Thema zu sensibilisieren. Das liegt einerseits daran, dass es sich in der Wahrnehmung vieler um ein „AfD-Thema“ handelt. Andererseits liegt die Hochphase der Euro-Rettung nunmehr zwei Legislaturperioden zurück. Sehr viele Kollegen haben diese Zeit nicht aktiv miterlebt und glauben das Märchen von der „erfolgreichen Euro-Rettung“. Es wird immer und immer wieder erzählt. Und auch die Bundesbank argumentiert beim Thema Target seit jeher eher beschwichtigend. Mein Vorschlag ist und war, ein System wie in den USA zu etablieren. Dort müssen die Salden zwischen den zwölf regionalen Federal Reserve Banks regelmäßig ausgeglichen werden. Zudem sollten Sicherhei-

ten – am besten Vermögenswerte wie Gold – hinterlegt werden. Aber wie gesagt: zu einer Reform fehlt der Wille. Immerhin hat Draghi aber vor einiger Zeit klargestellt, dass die Target-Verbindlichkeiten beim Euro-Austritt eines Landes beglichen werden müssten. Ich behalte das Thema im Blick.

**?** Ist es nicht absurd, dass jedes EZB-Mitgliedsland einen Direktor stellen darf? Beispiel: Bei der EZB-Haftung ist Deutschland mit 25,6 Prozent in der Pole-Position. Zypern hat ebenfalls eine Stimme im EZB-Rat, haftet aber nur mit 0,2 Prozent. Das ist ungefähr so, als ob ein Hauptaktionär auf der Hauptversammlung genau so viele Stimmen hätte, wie ein Kleinaktionär. Anders gefragt: viel Haftung, wenig Mitsprache?

**Klaus-Peter Willsch:** Auch das ist ein Geburtsfehler des Euro. Man hätte nicht nur die Haftung, sondern auch das Stimmrecht gewichten müssen. Wenn man zum Beispiel eine Sperrquote von etwa 20 bis 25 Prozent eingeführt hätte, könnten wir im EZB-Rat nicht überstimmt werden.

**?** Ein Schweizer Kommentator verglich die EU unlängst mit einem Kreditkartenkonto: „Einer (die Deutschen) zahlt ein. Die Anderen heben ab.“ Der Witz an der Geschichte: Die Ärmeren haften für die Reichen. Während das deutsche Vermögen pro Kopf einschließlich Immobilien und abzüglich Verbindlichkeiten bei rund 51.000 Euro liegt, liegt das der Italiener bei 174.000 Euro. Die Spanier sind sogar noch wohlhabender: Sie kommen auf ein durchschnittliches Pro-Kopf-Vermögen von rund 183.000 Euro. Das ergab eine Studie der EZB. Ihr Kommentar?

**Klaus-Peter Willsch:** Das dem so ist, liegt im Wesentlichen an der unterschiedlichen Eigentumsquote bei Wohnimmobilien. Obwohl ich generell ein Gegner der Vermögenssteuer bin, wäre es für das Land Italien vielleicht angezeigt, mit einer Einmal-Vermögensabgabe die



Schuldensituation zu verbessern beziehungsweise zu beheben.

**?** Der bekannte Finanzexperte Frank Walter von der Ersten Finanz- und Vermögensberatung prognostiziert eine Euro-Währungsreform, die nach seinen Worten 90 Prozent der Geldwerte vernichten könnte. Teilen Sie Walters Befürchtungen?

**Klaus-Peter Willsch:** Weil ich in der Eurokrise schon viel erlebt habe, habe ich mir abgewöhnt, zu spekulieren, was in Zukunft geschehen wird. Es gab zu viele unverhoffte Wendungen und Regelbrüche, so dass man nichts ausschließen kann. Allerdings bin ich mir relativ sicher, dass es über Jahrzehnte nicht so weiter gehen wird, wie bisher. Wenn wir daran festhalten, dass wir ein vielstaatliches Europa und keinen Einheitsstaat wollen, werden die Spannungen nicht auf Dauer auszuhalten sein. Fakt ist, der Euro ist zu schwach für unsere Exportwirtschaft und zu stark für die Schuldenstaaten.

**?** Gibt es neben der Euro-Rettung, der Staatsverschuldung und der Null-Zins-Politik noch andere Themenfelder, die Sie beunruhigen?

Mit  
Klaus-Peter  
Willsch  
sprach  
Joachim  
Schäfer

**Klaus-Peter Willsch:** Ich bin tief besorgt darüber, wie leichtfertig über das Recht auf Eigentum in Deutschland debattiert beziehungsweise nicht debattiert wird. Ich bin entsetzt darüber, dass der Juso-Vorsitzende Kühnert das Recht auf Eigentum an Immobilien zur Disposition stellt, indem er einer Enteignung das Wort redet und die Forderung erhebt, jeder Bürger dürfe nur die eine Wohnung besitzen, die er selbst bewohnt. Ich war bis dato der Meinung, dass wir diesen Irrweg lange hinter uns gelassen haben. Die Wohnraumbewirtschaftung wurde von den Nazis eingeführt und von den Kommunisten in der DDR verlängert. Nach der Wiedervereinigung haben wir dann das Ergebnis dieser verfehlten Wohnungswirtschaftspolitik gesehen. Die meisten volkseigenen Wohnungen waren marode und mussten vielfach aus unseren Steuermitteln zwecks Renovierung subventioniert werden. Ich schließe daraus, dass Kevin Kühnert aus der Geschichte nichts gelernt hat. Zudem wird bei einer derartigen Diskussion die freiheitsstiftende und unabhängigkeitstiftende Funktion von Eigentum völlig unterschätzt. ■

Fotos: Anita Schäfer